

Aargauer Zeitung

Kinderschänder-Fall William W.: «Behörden haben sich geweigert, den Fall sauber aufzuarbeiten!»

Haben die Solothurner Behörden im Fall des berüchtigten Kinderschänders William W. versagt und Fehler vertuscht? Im «Talk Täglich» diskutieren der Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark, FDP-Fraktionschef Peter Hodel und Gerichtspsychiater Josef Sachs.

Kinderschänder William W. hat in Freiheit chronisch gegen Auflagen verstossen. Die GPS-Überwachung seiner Fussfessel schaltete er mehrfach aus, lud die Batterien nicht auf, reiste illegal ins Ausland. 13 Mal haben ihn die Solothurner Behörden verwart - ohne Konsequenzen. Dies geht aus unveröffentlichten Passagen des Untersuchungsberichts hervor, die der «Tages-Anzeiger» Anfang Februar publik machte. Die Staatsanwaltschaft wirft Wiederholungstäter William W. Sexualdelikten mit fünf weiteren Kindern vor. William W. bestreitet die Taten.

«Die zuständigen Behörden haben sich geweigert, das sauber aufzuarbeiten», sagt Nationalrat und SVP-Kantonalpräsident Christian Imark im «Talk Täglich» unter der Moderation von Rolf Cavalli. Die SVP habe bereits vor 14 Monaten eine parlamentarische Aufarbeitung gefordert. «Hier fehlt die Instanz, die die Aufsicht wahrnimmt», so der sichtlich aufgebrachte Imark. Und: «Das war eine falsche Übungsanlage der Regierung.»

Hintergrund von Imarks scharfer Kritik: Im September 2019 kam eine Untersuchung, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hatte, zum Schluss, dass sich weder das Solothurner Staatsanwaltschaft noch das Amt für Justizvollzug im Fall William W. fehlerhaft verhalten hätten.

Veröffentlicht wurde damals allerdings nur eine Zusammenfassung. Damals sagte Justizdirektor Roland Fürst vor den Medien, die Regierung habe angemessen gehandelt. Die schlimmen Details, wie William W. die Justiz an der Nase herumführte mit seinen Verstössen gegen die Auflagen, kamen erst jetzt durch Medienberichte an die Öffentlichkeit.

«Mit diesen Details sieht man genau, dass sich die Regierung nicht selber beaufsichtigen kann», sagt Imark. «Der Bericht ist vorgelegen und die Justizkommission hat nichts gemacht, sondern war selber überrascht über die Details!»

«Das ist seriöse Arbeit»

Der FDP-Fraktionschef Peter Hodel widerspricht Imark und verteidigt das Vorgehen der Justizkommission: Diese könne ihre Aufgabe als Aufsichtsbehörde erst wahrnehmen, wenn der Untersuchungsbericht vorliege. In der nächsten Sitzung werde sie geeignete Massnahmen definieren. «Das ist seriöse Arbeit», so Hodel.

Imark kontert: «Wenn nichts passiert, nimmt William W. die Behörden doch nicht mehr ernst!», sagt er. Auch Gerichtspsychiater Josef Sachs betont: Wenn Straftätern bei Verwarnungen keine Konsequenzen drohten, lade sie dies dazu ein, wieder und wieder gegen Auflagen zu verstossen. Und Sachs macht klar: «Fussfesseln sind kein Mittel für hochgefährliche Straftäter.»

Imark kritisiert auch, dass die ambulante Massnahme nicht abgebrochen und William W. vorsorglich verwahrt wurde. Den Behörden seien in solchen Fällen die Hände gebunden, bemängelt FDP-Fraktionschef Hodel und spricht von einer «Gesetzeslücke». Tatsächlich sind diese Probleme erkannt. Bereits in den nächsten Wochen will der Bundesrat eine Gesetzesänderung in die Vernehmlassung schicken. Demnach will man künftig verhindern, dass Täter, von denen noch eine gewisse Gefahr ausgeht, «ohne Vorbereitung, Betreuung und Auflagen freigelassen werden».